



## Aktuelle Debatte

Fraktion AfD

### **Linke Szene in Sachsen-Anhalt - Hausbesetzung in der Hafestraße 7, Halle (Saale)**

Es wird beantragt, zur 17. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 26./27. Oktober 2017, eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

### **Begründung**

Am 5. Januar 2016 besetzte die Gruppierung „Wir brauchen Platz“ das leerstehende Verwaltungsgebäude des ehemaligen Gaswerks in der Hafestraße 7 in Halle (Saale). Noch im selben Monat wurde diese gesetzwidrige Aktion durch den Hauseigentümer, die stadteigene Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG), praktisch legalisiert. Am 25. Januar 2016 unterzeichneten die HWG und der capuze e. V. (als Vertreterin der Hausbesetzer) eine Gestattungsvereinbarung, welche eine legale Nutzung des Gebäudes bis zum 30. September 2017 einräumte. Am 28. September 2017 entschied der HWG-Aufsichtsrat, den Gestattungsvertrag bis 31. Januar 2018 zu verlängern. Die Stadtratsfraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM beabsichtigen auf der Sitzung des Halleschen Stadtrats am 25. Oktober 2017 den Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), Herrn Dr. Bernd Wiegand, mittels Antragsbeschluss zu beauftragen, dass einstmals widerrechtlich besetzte Gebäude für einen symbolischen Wert von einem Euro zu kaufen und nach Ankauf einen Mietvertrag mit dem capuze e. V. zu schließen.

Sollte es zum Kauf des Gebäudes durch die Stadt Halle (Saale) kommen und sollte die Stadt anschließend einen Nutzungsvertrag mit den ehemaligen Hausbesetzern schließen, wäre dies ein tiefsitzender „Schlag ins Gesicht“ vieler Hallenser Bürger, Mieter und Vereine und eine hohe finanzielle Belastung des städtischen Haushalts.

In den letzten ca. 19 Monaten gab es einige Anwohner im Umfeld der Hafestraße 7, die sich mit dem neuen „soziokulturellen Zentrum“ solidarisierten. Auf der anderen Seite gab und gibt es eine Vielzahl von Anwohnern, denen das Objekt ein Dorn im Auge ist. Diese reichten mehrfach Beschwerde bei der Stadt Halle (Saale) ein und wandten sich an den Ordnungsausschuss. Zuletzt waren es 88 Anwohner, die sich

(Ausgegeben am 19.10.2017)

(erfolglos) gegen eine Verlängerung des Nutzungsvertrags, über den 30. September 2017 hinaus, stemmten. Regelmäßig gibt es Beschwerden über Ruhestörung und Lärm. Immer wieder komme es zu Verstößen gegen die Stadtordnung. Einige Anwohner melden bereits eine merkliche Minderung ihrer Lebens- und Wohnqualität.

Es finden sich keine Belege, dass die ehemaligen Besetzer der Hafensstraße 7 für die derzeitige Nutzung des Objekts Miete an die Eigentümerin zahlen. Damit stößt die HWG ihren mehreren Tausend regulären Mietern vor den Kopf, auf deren Rücken das Projekt, das mit einer Straftat begann und mehrfach Verwaltung, Recht und Gesetz provozierte, finanziert wird.

Offen ist auch die Frage der Gleichbehandlung. In der Mitteldeutschen Zeitung vom 1. Oktober 2017 formuliert der CDU-Stadtratsfraktionsvorsitzende Andreas Scholtyssek: „So viele Vereine in der Stadt brauchen Geld und diese Leute kommen einfach und besetzen ein Haus.“ Weiter führt Scholtyssek aus, dass sich der Hallesche Oberbürgermeister Wiegand erklären müsse, warum das Objekt in der Hafensstraße 7 unterstützt werde, während andere Vereine um jeden Euro betteln müssen. Eine Erklärung nimmt der CDU-Stadtrat vorweg, indem er ausgibt: „Herr Doktor Wiegand kümmert sich lieber um Szenetreffs von Linksextremisten als um die Sorgen und Nöte von Einwohnern.“

Unklar scheint zudem, wie es im Allgemeinen um die Liegenschaft in der Hafensstraße 7 bestellt ist. Das Objekt war einst als einsturzgefährdet beschildert. Der Boden der Liegenschaft ist kontaminiert und muss beseitigt werden. Sollte es zu einem Kauf der Liegenschaft durch die Stadt Halle (Saale) kommen, dürften die Kosten der Sanierung die Stadtkasse belasten. Die Forderung nach einem vorherigen Gutachten, welche Kosten der Stadt entstehen würden - käme es zu einem Ankauf von der HWG - wird durch die Antragsteller nicht erhoben. Die Kosten scheinen somit nicht planbar.

Kommt es zum Kauf der Hafensstraße 7 durch die Stadt Halle (Saale), muss der Oberbürgermeister gewarnt sein, dass dies vielleicht nicht die letzte Immobilie in seiner Stadt ist, welche widerrechtlich besetzt wird und die Besetzer anschließend eine Legalisierung einfordern. Nicht ausgeschlossen ist dann wieder die Androhung oder gar Anwendung von politisch motivierter Kriminalität.

Dass die Nutzer des Objekts in der Hafensstraße 7 der linken Szene zuzurechnen sind, ist augenscheinlich. Der Internetauftritt des „HaSi“ bestätigt diese Zurechnung. „Anarchie ist machbar, Herr Nachbar“ konnten die Anwohner der Hafensstraße dort lesen. Auf der Internetseite finden sich „Links“ u. a. zum „Reil78“ (einem ausgemachten linken Szenetreff in Halle) und zur „IL Halle“ (Interventionistische Linke Halle). Die Interventionistische Linke wird durch den Verfassungsschutz beobachtet. Der Bericht 2016 des Bundesministeriums des Inneren führt dazu u. a. an: „Die IL fungiert dabei als Scharnier zwischen militanten Gruppierungen und nichtgewaltorientierten Linksextremisten beziehungsweise nichtextremistischen Gruppen und Initiativen.“

Robert Farle  
Parlamentarischer Geschäftsführer